

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Fraktion
--

Nr.:	A 17/0154-01
-------------	---------------------

Status:	öffentlich
---------	------------

Datum:	17.02.2017
--------	------------

Information über Rechtsstreitigkeiten
--

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.02.2017 für den Finanzausschuss am 03.04.2017

Beratungsfolge

Status	Gremium
--------	---------

Ö	Finanzausschuss
---	-----------------

Beschlussvorschlag:

Bei Rechtsstreitigkeiten zwischen der Stadt und ÖPP-Partnerunternehmen, Bauträgern bzw. ausführenden Baufirmen um die Qualität der Bauausführung und eine mögliche Regulierung der Schäden erfolgt umgehend eine Benachrichtigung im nicht-öffentlichen Teil der jeweiligen nächsten Finanzausschusssitzung.

Begründung:

Die Intention dieses Antrags offenbart eine Selbstverständlichkeit, die augenscheinlich in Mülheim nicht die Regel ist.

Aus aktuellem Anlass einer Fraktionsanfrage im Finanzausschuss wurde deutlich, dass es zuvor noch keine zusammenhängenden Informationen gab, die einen Überblick über das gesamte Ausmaß der Problematik erlaubt hätten.

Nach dem bekannten Grundsatz „Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser“ bedarf es deshalb einer verbindlichen Regelung durch einen Beschluss des Finanzausschusses.

Tim Giesbert

Fraktionspreche

